

Causa Kommunalfinanzierung

Ist der neue Verteilungsschlüssel für die Geldzuweisungen an die Kommunen ungerecht oder realitätsnah?

19. Januar 2011 – Das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) regelt, welche Städte und Gemeinden wie viel Geld vom Land erhalten. Den Schlüssel zur Berechnung dieser Finanzaufweisungen wolle die Landesregierung nun per Gesetzentwurf ändern, schreibt die FDP-Fraktion in einem Antrag, und befürchtet eine Benachteiligung des ländlichen Raums (Drs. 15/1062). Die Regierungsfaktionen widersprechen ihr in einer Plenardebatte. Alle Redner beziehen sich auf den von der FDP in den Raum gestellten Gesetzentwurf.



Gemeinden fest. Die Hälfte davon müsse eigentlich der Bund übernehmen – mehr als man hoffen könne. Versprechen des Bundes, etwa die Kommunen nicht aufgrund der Hartz-IV-Gesetze zu belasten, seien nicht eingelöst worden. Außerdem kritisierte der Grüne CDU und FDP: „Sie wollen suggerieren, die Landesregierung hätte den Leuten Geld weggenommen“, obwohl 300 Millionen Euro mehr hinzugekommen seien. Gemeinsam mit den Kommunen wolle man nun das Mögliche ausloten.

„Viel zu knappe Mittel werden lediglich anders verteilt“, problematisierte Özlem Alev Demirel (Linke) die „katastrophale Finanzlage aller Gemeinden“. Sie gönne den Kommunen, die mehr erhielten, dies von ganzem Herzen, fand es jedoch nicht akzeptabel, dass manche Kommunen weniger als bisher bekämen. Positiv bewertete Demirel die stärkere Berücksichtigung der Soziallasten, wunderte sich allerdings in diesem Zusammenhang über niedrigere Zuweisungen für manche Ruhrgebietsstädte. Eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Überarbeitung des Entwurfs sah die Linke in einer finanziellen Grundausrüstung, die den Aufgaben der Kommunen gerecht werde.

Kommunalminister Ralf Jäger (SPD) erinnerte zunächst an eine gemeinsame Verabredung, nach der sich noch in Beratung befindliche Gesetzentwürfe nicht zum Gegenstand parlamentarischer Initiativen gemacht werden sollten. In der Sache betonte er, dass den Kommunen mit dem Gesetzentwurf die zweithöchsten Mittel aller Zeiten zugehen würden. Die Städte und Gemeinden sollten nicht länger zur Sanierung des Landeshaushalts herangezogen werden, erklärte Jäger. Eine Aktualisierung der fast zwölf Jahre alten Grunddaten als Basis für die Mittelverteilung sei längst überfällig gewesen. Nun habe man eine gerechte, die Realität spiegelnde Datenbasis. sow

Einen „Spaltpilz“ habe die Regierung mit dem Gesetzentwurf in die kommunale Familie getragen, brachte Horst Engel (FDP) seine Kritik auf den Punkt. Er sprach von einem einzigartigen Vertrauensbruch, denn nachdem die Haushaltsplanungen vor Ort bereits größtenteils abgeschlossen seien, habe die Regierung kurz vor Weihnachten die Kommunen ohne Vorwarnung damit konfrontiert, dass Städte im Durchschnitt „exorbitante Zuschläge“ erwarten könnten, kreisangehörige Gemeinden hingegen unter dem Strich Mittelkürzungen in Millionenhöhe zu verschmerzen hätten. „Überarbeiten Sie den gesamten Entwurf“, empfahl Engel der Koalition.

Auch Peter Biesenbach (CDU) hielt den Gesetzentwurf der Regierung für einen politischen Schnellschuss, der einer homogenen und aufgabengerechten Gemeindefinanzierung nicht gerecht werde und überarbeitet werden müsse. Vonseiten der Kommunen schlage der Landesregierung in der Folge eines handwerklich schlecht gemachten Gesetzes erheblicher Unmut entgegen. Eine Bevorzugung der kreisfreien Städte bewertete der CDU-Politiker als Klientelpolitik. Handwerkliche Fehler sah er etwa darin, dass die Soziallasten der Städte nun doppelt berücksichtigt, „die normalen Bürger und insbesondere die Schüler“ im Gegenzug deutlich abgewertet würden.

Hans-Willi Körfges (SPD) verwies auf die Gewaltenteilung und kritisierte, die FDP mache die

Aufstellung von Haushaltsplänen, originäre Zuständigkeit der Regierung und außerdem noch in Beratung, zur Parlamentsangelegenheit. Die Vorwürfe einer willkürlichen Mittelzuweisung wie auch einer doppelten Berücksichtigung der Soziallasten wies er als falsch zurück. Die neue Berechnungsgrundlage spiegle die tatsächlichen Lebenssituationen vor Ort korrekter wider. „Sie treiben die Kommunen in eine ganz ungesunde Rivalität untereinander“, warf er CDU und FDP vor und sah auch den Bund in der Pflicht, stärker für die Soziallasten der Kommunen aufzukommen.

„Auch dieses GFG wird die finanziellen Probleme der Kommunen nicht lösen können“, stellte Mehrdad Mostofizadeh (Grüne) angesichts der immens gestiegenen Sozialkosten der Städte und



Fotos: Schälte

Der FDP-Antrag (Drs. 15/1062) wurde im Hammelsprungverfahren mehrheitlich abgelehnt. Auch den Entschuldigungsantrag der CDU (Drs. 15/1141) lehnte eine knappe Mehrheit aus SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Linken ab.